

Allianz gegen den Lehrplan 21 formiert sich auch in Zürich

Das Stimmvolk soll das letzte Wort zum grossen Projekt der Erziehungsdirektoren haben.

Tages-Anzeiger, 28.10.2014

Anja Burri

Ein Zürcher Komitee um die SVP-Kantonsrätin Anita Borer will mit einer Volksinitiative dafür sorgen, dass die Bevölkerung über den neuen Lehrplan 21 entscheiden kann. Eigentlich wäre dies die Sache des Bildungsrates. «Die Bevölkerung muss in einer so wichtigen Frage einfach mitreden können», sagt Borer. Zurzeit arbeitet das Initiativkomitee aus Politikern der SVP, EVP und EDU sowie Eltern und Lehrern am Gesetzestext. Damit organisieren sich die Gegner des neuen Lehrplans auch im bevölkerungsreichsten Kanton. Bereits einen Schritt weiter sind die Lehrplankritiker in Baselland, im Aargau, in Schwyz und in St. Gallen. Dort wurden bereits Volksinitiativen lanciert. In weiteren Kantonen berichten Mitstreiter von Vorbereitungen hinter den Kulissen.

Für die Präsidentin des Zürcher Lehrerverbands (ZLV), Lilo Lätzsch, zeigt die wachsende Opposition vor allem eines: «Damit der Lehrplan 21 breit akzeptiert

wird, braucht es eine gute Umsetzung.» Es sei genügend Geld für Lehrmittel und Weiterbildungen der Lehrkräfte nötig. Und der Lehrplan müsse auch nach der Überarbeitung durch die Lehrplanmacher noch weiter auf ein vernünftiges Mass geschrumpft werden. Eine Volksinitiative gegen den Lehrplan 21 bringe die Diskussion hingegen nicht weiter, glaubt Lätzsch. Die Lehrerverbände stehen - abgesehen von punktueller Kritik etwa zum Umfang - grundsätzlich hinter dem Lehrplan 21. Dass dieser unter den Zürcher Lehrkräften zumindest umstritten ist, zeigt eine nicht repräsentative Umfrage des ZLV. Von 279 befragten Volksschullehrern gaben vor den Herbstferien rund 26 Prozent an, sie lehnten den Lehrplan 21 ab. Knapp 12 Prozent zählen sich zu den Befürwortern, und 8 Prozent haben sich noch nicht mit dem Thema befasst. Die Mehrheit (54 Prozent) will dem Lehrplan noch eine Chance geben und nun zuerst die überarbeitete Fassung abwarten. Diese soll Anfang November veröffentlicht werden. - Seite 3

Das Volk soll entscheiden

Die Gegner des Lehrplans 21 lancieren nun auch im Kanton Zürich eine Volksinitiative. Die Opposition kommt für die Bildungsdirektoren zum ungünstigsten Zeitpunkt.

Tages-Anzeiger, 28.10.2014

Anja Burri

Auch in Zürich soll das Stimmvolk beim Lehrplan 21 das letzte Wort haben. Die SVP-Kantonsrätin Anita Borer lanciert mit Verbündeten eine kantonale Volksinitiative gegen das Werk, das zum ersten Mal für alle Deutschschweizer Schulkinder einheitliche Lernziele festlegt. Die Gruppierung besteht aus Politikern, Lehrern und Eltern. Bis jetzt sind Vertreter der SVP, EVP und EDU beteiligt. Zurzeit laufen die Arbeiten am Initiativtext. Um den Lehrplan 21 zu verhindern, wollen die Initianten das Volksschulgesetz abändern. Die Zürcher Lehrplangegner planen, noch vor Ende Jahr an die Öffentlichkeit zu treten.

Zum Komitee gehört auch der ehemalige EVP-Kantonsrat und Lehrer Hanspeter Amstutz. Es brauche eine breite öffentliche Diskussion, sagt er. Das Stimmvolk habe das Recht, über eine so wichtige Veränderung in der Volksschule zu entscheiden. «Wir wollen den Lehrplan 21 aus dem Halbdunkel des Harnos-Konkordats ins Licht der Öffentlichkeit stellen», sagt er. Er sei nicht dagegen, dass die Kantone ihre Bildungssysteme einander angleichen. «Dafür hätte man einfach die besten kantonalen Lehrpläne nehmen und zusammenfassen sollen», sagt er. Der nun vorliegende Lehrplan 21 aber sei keine Koordination, sondern eine Grossreform. Amstutz steht dem Kompetenzmodell des Lehrplans 21 skeptisch gegenüber. Die Orientierung an Kompetenzen sei noch viel zu wenig erprobt. Zudem befürchte er, dass die Lerninhalte, das Wissen, auf der Strecke blieben.

Entscheidung steht kurz bevor

Die Opposition in Zürich formiert sich nun ausgerechnet kurz bevor der Lehrplan 21 in die entscheidende Phase geht: Voraussichtlich noch diese Woche werden die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren (D-EDK) die überarbeitete Version des Lehrplans verabschieden und zur Umsetzung freigeben. Dann liegt der Ball bei den einzelnen Kantonen, wo entweder die Bildungsräte oder die Regierungen über den Lehrplan entscheiden können. Die D-EDK hatte im Frühling angekündigt, einzelne Kapitel aufgrund der Kritik in der Anhörung anzupassen und den Lehrplan insgesamt um etwa ein Fünftel zu kürzen. Dem Vernehmen nach braucht es allerdings für



Nicht für die Schule, sondern fürs Leben lernen wir: Nur, nach welchem Lehrplan? Foto: Getty Images

einzelne umstrittene Kapitel noch etwas mehr Zeit. Auch in anderen Kantonen haben sich in den vergangenen Monaten Lehrplangegner organisiert. Wie in Zürich sind dort Allianzen aus Kreisen der SVP, EVP, EDU und Grünen sowie Lehrkräften und Eltern aktiv. Am weitesten sind die Bemühungen in Baselland: Dort hat das Komitee die Volksinitiative Mitte Oktober mit über 3000 Unterschriften eingereicht. In St. Gallen beginnt die Unterschriftensammlung am 4. November. Im Aargau und in Schwyz laufen diese schon. Andernorts - etwa in Luzern, Graubünden oder im Thurgau - berichten Mitstreiter von Vorbereitungen hinter den Kulissen.

Viele der Lehrplangegner haben in ihren Kantonen schon erfolgreich gegen das Schulharmonisierungskonkordat Harnos gekämpft. Dieses wurde in sieben Kantonen von der Stimmbevölkerung abgelehnt. Das Ziel von Harnos ist

es, die kantonalen Schulsysteme einander anzugleichen. Der Lehrplan 21 ist eine dieser Harmonisierungsmassnahmen. In den Harnos-Kantonen St. Gallen und Baselland verlangen die Lehrplangegner deshalb einen Austritt aus dem Konkordat. Der Lehrplan 21 wird aber auch von jenen Kantonen eingeführt, die bei Harnos nicht mitmachen.

Lehrer als treibende Kräfte

Sie sei von Lehrkräften motiviert worden, den Lehrplan 21 zu stoppen, sagt Irene Herzog, Präsidentin des Schwyzer Initiativkomitees. Die Lehrer wollten selber nicht an die Öffentlichkeit treten, weil sie negative Reaktionen der Schulleitungen befürchteten. Seit dem Sammelstart vor zwei Wochen seien bereits 500 der benötigten 2000 Unterschriften zusammen. Das Tempo ist nötig: Das Komitee will die Initiative nämlich bis Mitte Dezember einreichen - just bevor die

Schwyzer Regierung über die Umsetzung des Lehrplans 21 befindet. Auch im Aargau wollen die Initianten das Volksbegehren vor Weihnachten einreichen. Sie haben bisher 1200 der benötigten 3000 Unterschriften gesammelt.

Für die Präsidentin des Zürcher Lehrerverbands, Lilo Lätzsch, zeigt die wachsende Opposition vor allem eines: «Damit der Lehrplan 21 breit akzeptiert wird, braucht es eine gute Umsetzung.» Es sei genügend Geld für Lehrmittel und Weiterbildungen der Lehrkräfte nötig. Und der Lehrplan müsse auch nach der Überarbeitung durch die Lehrplanmacher noch weiter auf ein vernünftiges Mass geschrumpft werden. Eine Volksinitiative gegen den Lehrplan 21 bringe die Diskussion hingegen nicht weiter, glaubt Lätzsch. Die Lehrerverbände stehen - abgesehen von punktueller Kritik etwa zum Umfang - grundsätzlich hinter dem Lehrplan 21.

«Das Parteibüchlein spielt in der Lehrplanfrage keine Rolle»

Die Zürcher Kantonsrätin Anita Borer (SVP) will einen Volksentscheid zum Lehrplan 21 erzwingen. Ohne diesen Prozess fehle die demokratische Legitimation.

Mit Anita Borer sprach Anja Burri

Sie lancieren eine Volksinitiative gegen den Lehrplan 21. Warum tun Sie das?

Die Bevölkerung muss in einer so wichtigen Frage einfach mitreden können. Wenn wir nichts unternehmen, wird der Lehrplan 21 umgesetzt - gegen den Willen vieler Lehrkräfte und Eltern.

Im Kantonsrat sind Sie mit Ihrer parlamentarischen Initiative für mehr Mitsprache beim Lehrplan gescheitert. Ist Ihr erneuter Anlauf nicht eine Zwängerei?

Überhaupt nicht. Es waren vor allem Gespräche mit Lehrkräften, die mich davon überzeugten, dass ich nun noch einmal etwas tun muss. Dass der Lehr-

plan 21 im stillen Kämmerlein ausgearbeitet wurde und nun auch im gleichen Stil überarbeitet wird, ist nur ein Kritikpunkt. Die Lehrplan-Kritiker stört noch einiges mehr.

Zum Beispiel?

Die bisher gültigen Lernziele werden in zum Teil völlig unverständliche oder nichtssagende Kompetenzen umgewandelt. Niemand weiss, wie sich dieser Systemwechsel auf unsere Bildung auswirkt. Die Finanzen sind eine Blackbox: Niemand kann sagen, was die Einführung des Lehrplans kostet. Zudem ist der Lehrplan 21 in seiner heutigen Form ein untragbarer Eingriff in die Bildungshoheit der Kantone.

Jeder Kanton darf doch selbst entscheiden, ob und wie genau er den Lehrplan umsetzt.

Es braucht dafür aber kein 500-seitiges Werk als Vorgabe. Ein Rahmenlehrplan mit einigen gut verständlichen Bildungszielen pro Schuljahr und Fach hätte genügt. Der Bildungsartikel in der Verfassung verlangt auch gar nicht mehr. Ich bin zudem überzeugt, dass ein schlanker Lehrplan die Harmonisierung

der Bildungsziele besser erreichen würde als der Entwurf des Lehrplans 21.

Wie kommen Sie darauf?

Statt für jedes Schuljahr legt der vorliegende Lehrplan 21 die Kompetenzen für sogenannte dreijährige Zyklen fest. Wenn eine Familie umzieht und den Kanton wechselt, gibt es weiterhin keine Garantie, dass die Kinder ohne grössere Wissenslücken in der neuen Schule Fuss fassen können. Hier haben die Lehrplanmacher die heutige Situation eindeutig verschlimmbessert.

Ist es nicht voreilig, gegen den Lehrplan 21 vorzugehen, bevor die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren den Entwurf überarbeitet haben?

Es geht hier um Grundsätze. Selbst wenn der Lehrplan 21 um 20 Prozent gekürzt wird, ist er noch 400 Seiten lang. Und die Kompetenzen bleiben. Auch an der fehlenden Mitbestimmung wird nichts geändert.

Die Volksinitiative gegen den Lehrplan 21 kommt zu einem günstigen Zeitpunkt. Nächstes Jahr

ist Wahljahr - in Zürich zweimal. Ist das Ihr Wahlkampfinstrument?

Das Thema ist jetzt aktuell, das hat mit den Wahlen nichts zu tun. Aber klar: Die Bildung ist wichtig und beschäftigt aufgrund der nicht zielführenden Reformen der letzten Jahre immer mehr Menschen - vor allem Eltern und Lehrer.

Sie wollen der traditionellen Lehrerverbände die Wähler abjagen. Die Lehrerverbände waren ja selbst an der Entstehung des Lehrplans 21 beteiligt.

Das Komitee gegen den Lehrplan 21 ist breit abgestützt. Viele sind selbst Lehrer oder Eltern. Wenn sich jemand bei mir meldet, frage ich nicht nach dem Parteibüchlein. Dieses spielt keine Rolle.



Anita Borer
Zürcher
SVP-Kantonsrätin